



Newsletter des fraktionslosen Bezirksabgeordneten **Andreas Bernau**

Sehr geehrte Empfänger meines Newsletters,

seit meinem Austritt aus der SPD sind einige Wochen vergangen und in dieser Zeit habe ich sehr viele Gespräche geführt. Diese bringen mich aktuell zu der Überlegung, evtl. zur nächsten Bezirkswahl am 09.06.2024 parteilos zu kandidieren. Dazu gab es sehr viele Gedanken wie „macht es ohne Partei und Fraktion wirklich Sinn?“ und es gab sehr viel Zuspruch dazu von Menschen am Infostand, der Vereinswelt, sowie im privaten Umfeld.

Ich würde dann als Einzelperson im Wahlkreis kandidieren und wenn es klappt, dann gute Anträge in die Bezirksversammlung einbringen. Wenn andere Fraktionen diese dann ablehnen, müssen diese dann auch die Begründung dazu liefern und sich einer Diskussion in der Öffentlichkeit stellen. So kann ich die Themen der Straße in die BV bringen und muss dazu keinerlei Rücksicht auf ein Parteiprogramm und Fraktionsmeinungen nehmen. Ob ich parallel noch mit einer Bezirksliste an den Start gehen werde, hängt davon ab, ob ich weitere Mitstreiter aktivieren kann (**Interessierte dazu dürfen sich gerne bei mir melden**). Eine Entscheidung dazu werde ich in den Tagen nach dem Jahreswechsel treffen.

Ich wünsche allen, einen guten Rutsch in das Jahr 2024.

In einer Zeit, in der politische Landschaften von tiefgreifender Polarisierung und ideologischen Gräben geprägt sind, gewinnt die Idee der parteilosen Kandidatur an immer größerer Bedeutung. Hier sind einige meiner Gründe, warum eine parteilose Kandidatur einen entscheidenden Beitrag zu einer lebendigen und repräsentativen Demokratie leisten kann:

Parteilose Kandidaten sind nicht an die Zwänge und Interessen einer bestimmten politischen Partei gebunden. Dies ermöglicht ihnen, unvoreingenommen und ohne externe Einflüsse Entscheidungen zu treffen. Die Unabhängigkeit schafft Raum für authentische Repräsentation, bei der die Bedürfnisse der Bürger im Vordergrund stehen.

In einer Zeit, in der das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen abnimmt, können parteilose Kandidaten als Vertrauensbrücken dienen. Die Wähler neigen dazu, parteilosen Vertretern ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit und Authentizität zuzuschreiben, da sie nicht von den üblichen politischen Zwängen beeinflusst werden.

Parteilose Kandidaten haben die Freiheit, ihre Positionen auf neuen Informationen anzupassen. Diese Flexibilität ermöglicht es ihnen, sich den sich ändernden Herausforderungen anzupassen und pragmatische Lösungen zu finden.

Insgesamt tragen parteilose Kandidaturen dazu bei, die demokratischen Werte zu stärken und die Politik näher an die Menschen heranzuführen. Durch ihre Unabhängigkeit, den Fokus auf Sachthemen und die Betonung der Gemeinschaftsdienste können parteilose Kandidaten einen bedeutenden Beitrag zu einer dynamischen und repräsentativen politischen Landschaft leisten.

Als parteiloser Kandidat würde ich für Unabhängigkeit, Authentizität und den festen Glauben daran stehen, dass die Politik den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dienen sollte, ohne von parteipolitischen Zwängen eingeschränkt zu sein.

Meine Termine

02.01.2024	18:00 Uhr	Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport
11.01.2024	18:00 Uhr	Hauptausschuss
13.01.2024	10:00 Uhr	Infostand am Flottbeker Wochenmarkt
17.01.2024	17:00 Uhr	Sonderausschuss Science City Bahrenfeld
22.01.2024	17:30 Uhr	Ältestenrat / Geschäftsordnungsausschusses
25.01.2024	18:00 Uhr	Bezirksversammlung
06.02.2024	18:00 Uhr	Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport
10.02.2024	10:00 Uhr	Infostand am Flottbeker Wochenmarkt
15.02.2024	18:00 Uhr	Hauptausschuss
21.02.2024	17:00 Uhr	Sonderausschuss Science City Bahrenfeld
26.02.2024	17:30 Uhr	Ältestenrat / Geschäftsordnungsausschusses
29.02.2024	18:00 Uhr	Bezirksversammlung

Weitere Termine werden zeitnah eingestellt.



Pressebereich



Badetote: Wie der Elbstrand sicherer werden soll

Bezirksversammlung **Altona** einigt sich. Was die **DLRG** jetzt plant – eine feste Rettungsstation gehört nicht dazu

Hamburg. Nach den tödlichen Badeunfällen im Sommer, bei denen mehrere vor allem jugendliche Schwimmer am Falkensteiner Ufer nahe dem Wrack „Uwe“ in der Elbe ertrunken waren, hat der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Altona jetzt noch einmal über weitere Sicherheitsmaßnahmen für den Elbstrand diskutiert. Die Grundlage dafür war ein Konzept, das die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (**DLRG**) vorgestellt hat, die allein im Bezirk Altona 1600 Mitglieder zählt, davon rund 140 aktive Ehrenamtliche – so viele wie sonst nirgends in Hamburg. „Wir möchten unsere Präsenz am Elbstrand weiter erhöhen und künftig noch schneller ausrücken können“, fasst Arto van der Meirschen, **DLRG**-Bezirksleiter, die beiden wichtigsten Punkte des Vortrags zusammen.

Bisher müssten die Kollegen zunächst zur Elbchaussee laufen, wo Sprinter und Einsatzmittel abgestellt seien, um dann damit zurück nach Teufelsbrück zu fahren. „Hätten wir jedoch ein Carport an unserer Zentrale sowie einen Container für Geräte auf dem Fähranleger Teufelsbrück, so gewinnen wir mindestens fünf Minuten Zeit für die Rettung.“ Ein Argu-

ment, das fraktionsübergreifend wirkte. Beides soll nach entsprechenden Anträgen zeitnah umgesetzt werden.

Ein wenig kontroverser war bereits im Vorfeld die Frage diskutiert worden, ob es eine feste Rettungsplattform geben sollte. „Wir sprechen dabei von einem sturmflutsicheren Gebäude, nicht von einer Bay-watch-Bretterbude“, sagt Sven Hielscher, CDU-Fraktionsvorsitzender im Bezirk. Ein solcher Bau inklusive entsprechender Infrastruktur (Toiletten, Abstellraum) würde jedoch etwa eine Million Euro kosten – was aus dem bezirklichen Haushalt nicht zu stemmen sei. „Wir halten eine feste Rettungsstation aber ohnehin für das

völlig falsche Signal“, sagt Katarina Blume, FDP-Fraktionsvorsitzende im Bezirk **Altona**. Damit werde nur eine „trügerische Sicherheit“ vorgegaukelt. „Das Baden in einem von der Seefahrt genutzten Binnengewässer wie der Elbe ist und bleibt lebensgefährlich. Steht dort aber eine feste Rettungsschwimmer-Basis, wie man sie zum Beispiel vom Nordseeurlaub her kennt, dann suggeriert das, dass Schwimmen dort harmlos und erlaubt sei“, so Blume.

Doch auch die **DLRG** hält eine feste Rettungsstation für zu „unflexibel“, das Ufer teils für zu unübersichtlich. Die bessere Lösung – und auch darüber herrschte

fraktionsübergreifend Konsens – sei mindestens ein weiteres Seenotrettungsboot, das für rund 50.000 Euro angeschafft werden könnte. Mit einem Schiff sei man flexibler, könne auch einen längeren Strandabschnitt, bis hin zur beliebten Strandperle, im Blick haben.

Die **DLRG** will daher umgehend einen sogenannten Zuwendungsantrag stellen, damit die Förderung noch in diesem Jahr bewilligt wird. „Das Boot ist eine ganz hervorragende Idee“, sagt der **Altonaer** SPD-Fraktionschef Thomas Adrian. „Selten war sich die Bezirkspolitik in Altona so einig, wir ziehen da wirklich alle am selben Strang.“

Weiterhin müsse aber eindringlich auf die Gefahren beim Baden in der Elbe hingewiesen werden, so die Bezirkspolitiker. Entsprechende Schilder gibt es bereits, auch in den sozialen Medien müsse insbesondere im Sommer davor gewarnt werden. „Aber es kommt natürlich die erschütternde Tatsache hinzu, dass immer weniger Hamburger Kinder sicher schwimmen können“, sagt FDP-Politikerin Katarina Blume. „Da ist die Politik hamburgweit gefragt und muss dringend nachbessern.“ *vas*



DLRG-
Rettungskräfte
suchen am
Falkensteiner
Ufer nach
einem vermiss-
ten Schwimmer
(Archivbild).

BODO MARKS/PA/DPA

In den letzten Jahren war ich sehr oft bei der DLRG-Altona vor Ort. Im Ausschuss habe ich die DLRG ermutigt, zur finanziellen Unterstützung entsprechende Anträge in der Bezirksversammlung zu stellen, damit die Menschen am Elbstrand sicherer sind. Leider hat das Abendblatt im Nachgang nur CDU, SPD und Grüne kontaktiert aber ich bin froh, dass die anderen Fraktionen das Problem erkannt haben und die finanzielle Unterstützung mittragen.

Außengastro auch im Winter – Anwohner sauer

Altona will Sondernutzung bis Ende 2024 erlauben. Nachbarn der Reh Bar: Lebensqualität wird erheblich eingeschränkt

Friederike Ulrich

Altona. Während der Corona-Pandemie wurden sie geschätzt: die zusätzlichen Außenflächen für Restaurants, Cafés und Bars in Hamburg. Auch die Nachbarn der Reh Bar in Ottensen gönnten Betreiber Stefan Schmitz, dass er pandemiebedingte Verluste durch die Bewirtschaftung von vier Parkbuchten (je zwei an Ottenser Hauptstraße und Nöltingstraße) mildern konnte. Doch mittlerweile fühlen sich die Bewohner eines gegenüber liegenden Eckhauses durch die Außengastronomie so belastigt, dass sie von Gesundheitsgefahrung sprechen.

Das i-Tüpfelchen in dem seit gut einem Jahr schwellenden Nachbarschaftsstreit war ein Antrag von CDU und FDP in Altona, Gastronomen das Betreiben von Sonderflächen bis Ende 2024 zu erlauben. Als sie das hörten, schickte die Hausgemeinschaft einen langen Beschwerdebrief an alle Bezirksfraktionen.

Ich setze doch nicht für die wirtschaftlichen Interessen der Gastronomen meine Gesundheit aufs Spiel.

Andreas Hake, Nachbar der Reh Bar an der Ottenser Hauptstraße

Als „unmittelbar Betroffene der in den vergangenen Jahren immens vergrößerten Außengastronomie der benachbarten Reh Bar“ werde der Antrag mit großer Sorge betrachtet, schrieben sie. „Während er die Bedürfnisse der Gastronomiebetriebe berücksichtigt, würdigt er nicht einmal ansatzweise die erheblichen Auswirkungen auf die Nachbarschaft.“

„Es gab keine einzige Reaktion“, sagt Anwohner Andreas Hake. Der IT-Berater, der seit 2006 im Viertel wohnt und dort im Homeoffice arbeitet, ist stinksauer. Denn der Antrag wurde mittlerweile im Umweltausschuss beraten und von der Bezirksversammlung Altona beschlossen: Um Nachbarschaftsgewerbe in schweren Zeiten zu schützen, sollen Sondernutzungen von Parkbuchten über den Winter und auch 2024 grundsätzlich weiterhin erlaubt sein.

Natürlich müsse jeder Einzelfall geprüft und mit der Polizei abgestimmt werden, heißt es aus dem Bezirksamt. Grund für die Verlängerung der Ausnahmegenehmigung sei die „andauernd schwere wirtschaftliche Lage“ der Gastronomen, konkret die anhaltende Inflation, eine massive Verteuerung, insbesondere der Lebensmittelpreise, die Mietpreisentwicklung im gewerblichen Bereich, der sich verschärfende Personalmangel in der Gastronomie sowie die derzeit auslaufenden



Andreas Hake (l.) und sein Nachbar Frank vor der Reh Bar an der Ottenser Hauptstraße. Sie kritisieren, dass der Bezirk Altona Gastronomen die Sondernutzung von Außenflächen bis Ende kommenden Jahres erlaubt.

ROLAND MAGLINA

Steuernachzahlungsfristen und die 2024 anstehenden Mehrwertsteuererhöhung.

Was die einen entlasten soll, belastet aber andere. „Die zusätzliche Außengastronomie bedeutet für uns als Anwohner neben einer Zunahme der Vermüllung und Verschmutzung durch Urin und Erbrochenes insbesondere eine dauerhaft völlig inakzeptable Mehrbelastung durch ganz erheblich gestiegene Lärmmissionen“, halten die Nachbarn der Reh Bar dagegen.

Und sie verweisen darauf, dass seitens Bezirk und Politik anfangs nur von einer „temporären“ Erweiterung der Außengastronomie die Rede gewesen sei. Dieser „temporäre“ Zustand halte allerdings mittlerweile wegen bereits erfolgter Verlängerungen seit mehreren Jahren an.

Ihre Wohn- und Lebensqualität sei durch die erweiterte Außengastronomie dauerhaft erheblich eingeschränkt. Allabendlich hielten sich bis zu 50 teils erheblich alkoholisierte Gäste der Reh Bar an der Nöltingstraße auf. Die Lärmmissionen

gingen „maßgeblich“ von den Gästen der Reh Bar aus und seien „derart erheblich“, dass in Obergeschoss-Wohnungen zeitweise mehr als 70dB gemessen worden seien. Also ungefähr die Lautstärke eines nah vorbeifahrenden Autos.

„Ich setze doch nicht für die wirtschaftlichen Interessen der Gastronomen meine Gesundheit aufs Spiel“, sagt Hake, den der Lärm extrem stress und der unter Schlafstörungen leidet. Er befürchtet, dass auch im Winter solche Belästigungen drohen. „Was, wenn die Reh Bar uns jetzt einen Weihnachtsmarkt vors Haus setzt?“

Bei den Beeinträchtigungen spiele auch eine Rolle, dass die Reh Bar keine Ruhetage habe und wochentags ab 17 Uhr und am Wochenende bereits ab 14 Uhr geöffnet habe, heißt es im Schreiben der Nachbarn. Auch nach den Schließzeiten um 23 beziehungsweise 24 Uhr hielten sich „zahlreiche Personengruppen“ im Kreuzungsbereich auf und störten „infolge der alkoholbedingten Enthemmung“ die Nachtruhe teils erheblich.

Andreas Hake räumt ein, dass der Betreiber der Reh Bar „Maßnahmen zur Einhaltung der behördlich vorgegebenen Öffnungszeiten“ ergriffen habe. Doch spät in der Nacht würden noch Tische und Bänke laut klappernd zusammengeräumt und Leergut entsorgt.

Er und seine Nachbarn fordern von der Politik die Wiederherstellung einer Wohnqualität, die der aus Vor-Corona-Zeiten entspricht. „Hilflos und ohnmächtig“ fühle er sich, sagt Hake wütend. „Denn wir können uns zwar beschweren, aber dadurch ändert sich nichts.“

Der Bezirk Altona ist nicht der erste Bezirk, der Außengastronomie auf öffentlichen Flächen im Winter erlaubt. Auch Mitte hatte diese Regelung bereits verlängert – allerdings mit der klaren Maßgabe, dass dies nicht für Lokale in „klassischen Wohnvierteln“ gelte.

Angesprochen auf die Kritik aus der Nachbarschaft, reagiert auch Stefan Schmitz, Betreiber der Reh Bar, gereizt. „Wir Gastronomen versuchen gerade, die

Corona-Folgen, die Energiekosten und die wahnwitzigen Preiserhöhungen zu wuppen – und werden dann mit solchen Beschwerden konfrontiert.“ Er gebe sich „außerordentlich große Mühe“, dass alle Auflagen eingehalten würden, habe dafür sogar einen Türsteher engagiert und bereits, um den Nachbarn entgegenzukommen, die Terrasse an der Nöltingstraße abgebaut.

„Wir sind hier in Ottensen, im innerstädtischen Bereich, und nicht auf dem Land“, sagt er. Angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Lage wären die um ein Jahr verlängerte Ausnahmegenehmigungen für ihn existenziell. „Inhabergeführte Läden wie die Reh Bar machen den Charme des Stadtteils aus. Wenn wir schließen müssen, geht der verloren.“

Den Vorwurf der Nachbarn, dass seine Gäste Straße und Hauseingänge vermüllten und verschmutzten, bezeichnet Stefan Schmitz als „Kokolores“. „Ich habe das Umfeld hier sehr genau im Blick. Diese Vorwürfe sind einfach nicht wahr.“

Während meiner Zeit in der SPD-Fraktion waren meine Mitstreiter und ich im Ausschuss für Klima, Umwelt und Verbraucherschutz (genehmigt die Außengastro) der Meinung, bis längstens zum Ende 2023 die erweiterte Außengastro zu genehmigen. Warum jetzt andere Beschlüsse gegen die Interessen der Anwohner gefasst wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Eine Weiterführung der erweiterten Außengastro schränkt die Rechte der Anwohner auf Lärmschutz massiv ein und evtl. Klagen würden mich nicht wundern.



Newsletter des Bezirksabgeordneten Andreas Bernau



Kontakt:

Andreas Bernau

Telefon 0172 7831204

Email: bv-altona-bernau@email.de

Homepage: www.andreas-bernau.de